

## **Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1997



**Einzelplan 01 - Landtag**

- Drucksachen 12/1200, 12/1390 und 12/1550 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen  
**des Hauptausschusses**

### **Beschlußempfehlung**

Der Entwurf des Einzelplans 01 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

## **Bericht**

Der Einzelplan 01 - Landtag - wurde im Hauptausschuß am 26. September und 24. Oktober 1996 beraten.

In die Beratungen mit einbezogen wurden

- die mit Schreiben des Präsidenten vom 3. September 1996 übersandten ergänzenden Erläuterungen für die Beratung des Einzelplans 01,
- der Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 01 (Vorlage 12/901),
- ein Schreiben des Präsidenten mit Korrekturfassungen der Seiten 17 und 19 des Einzelplanentwurfs 01 (Vorlage 12/850),
- ein Schreiben des Präsidenten vom 24. September 1996 mit Erläuterungen zum Anpassungsbedarf bei der Titelgruppe 61,
- ein Schreiben des Präsidenten vom 27.11.1996 zur Kompatibilität der Telefonanlage.

## **Gesamtabstimmung**

In der Gesamtabstimmung am 28. November 1996 wurde der Entwurf des Einzelplans 01 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der CDU mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Lothar Hegemann  
Stellvertretender Vorsitzender

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Hauptausschuß  
zum Haushaltsgesetz 1997

- Sachhaushalt -  
Einzelplan 01

Anlage zu Vorlage 12/1001

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD CDU BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 01 010 Landtag Titel 518 10 - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume</p> <p>Der Ansatz von wird um erhöht auf</p> <p>15.000 DM 485.000 DM 500.000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die zusätzlichen Haushaltsmittel werden für die Anmietung von Räumen benötigt.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 12/1001

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	SPD CDU BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p data-bbox="370 654 454 1512">Titelgruppe 61 - Ausgaben für Enquete-Kommissionen Titel 526 61 - Kosten für Sachverständige</p> <p data-bbox="478 654 598 1512">a) Der Ansatz von 250.000 DM wird um 250.000 DM erhöht auf 500.000 DM</p> <p data-bbox="654 654 774 1512">b) Die Verpflichtungsermächtigung von 150.000 DM wird um 150.000 DM erhöht auf 300.000 DM</p> <p data-bbox="798 654 917 1512"><u>Begründung:</u> Die Mittel werden für Honorare und Aufwandsentschädigungen für Wissenschaftler, sowie für Forschungsaufträge etatisiert.</p> <p data-bbox="941 654 1061 1512">Die Verpflichtungsermächtigung wird etatisiert, um Gutachten, die 1998 benötigt werden, bereits 1997 in Auftrag geben zu können.</p>	angenommen  SPD ja CDU ja GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 12/1001

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	SPD CDU BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p><b>Titel 527 61 - Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b></p> <p>Der Ansatz von wird um erhöht auf</p> <p>20.000 DM 20.000 DM 40.000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Haushaltsmittel sind für entstehende Kosten für Dienstreisen von Verwaltungsmitarbeitern veranschlagt.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD CDU GRÜNE</p> <p>ja ja ja</p>
4	SPD CDU BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p><b>Titel 546 61 - Vermischte Ausgaben</b></p> <p>Der Ansatz von wird um erhöht auf</p> <p>50.000 DM 50.000 DM 100.000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Mittel werden für unvorhergesehene Ausgaben im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Enquete-Kommission vorgehalten.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD CDU GRÜNE</p> <p>ja ja ja</p>

Anlage zu Vorlage 12/1001

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	SPD CDU BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Titel 684 61 - Zuschüsse an Fraktionen nach § 30 AbgG NW</p> <p>Der Ansatz von wird um erhöht auf</p> <p>459.000 DM 459.000 DM 918.000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Mittel werden benötigt, um den Fraktionen entsprechend der Vorgabe des Einsetzungsbeschlusses die Kosten für jeweils 1 Mitarbeiter des höheren/gehobenen Dienstes und eine halbe Schreibkraft erstatten zu können. Es wurde bei der Berechnung des Mittelbedarfs davon ausgegangen, daß die Besoldung der Mitarbeiter/innen des höheren/gehobenen Dienstes höchstens A 15/R 1, die Vergütung der Schreibkräfte höchstens Vb/Vc BAT beträgt.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja</p>

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Hauptausschuß  
zum Haushaltsgesetz 1997

- Personalhaushalt -  
Einzelplan 01

Anlage zu Vorlage 12/1001

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD CDU BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN	<p>Titelgruppe 61 Ausgaben für Enquete-Kommissionen Titel 422 61 - Bezüge der Beamten und Richter</p> <p>a) Es werden neu eingerichtet: 2 Planstellen Besoldungsgruppe A 15 BBesO kw zum <u>31.12.2000</u></p> <p>b) Der Ansatz von wird um erhöht auf</p> <p style="text-align: right;">224.400 DM 223.600 DM 448.000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Stellen und Mittel werden für 2 Mitarbeiter/innen des höher/gehobenen Dienstes benötigt, die entsprechend dem Einsetzungsbeschluß die Kommission betreuen sollen. Es wurde bei der Berechnung des Mittelbedarfs davon ausgegangen, daß die Besoldung der Mitarbeiter/innen höchstens A 15/R 1 beträgt. Da die Stellen nur für die Dauer der Tätigkeit der Enquete-Kommission sowie für ihre Vor- und Nacharbeiten bis zur Entscheidung des Parlaments zur Verfügung zu stellen sind, sollten sie zunächst mit einem kw-Vermerk zum 31.12.2000 befristet werden.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	SPD CDU BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Titel 425 61 - Bezüge der Angestellten</p> <p>a) Es werden zwei Angestelltenstellen eingerichtet</p> <p>1 Stelle Vergütungsgruppe Vb/Vc BAT 1 Stelle Vergütungsgruppe Vlb BAT jeweils kw zum <u>31.12.2000</u></p> <p>b) Der Ansatz von wird um erhöht auf</p> <p>142.800 DM 142.800 DM 285.600 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Stellen und Mittel werden benötigt, um entsprechend dem Einsetzungsbeschluß Schreibkraftkapazität zur Verfügung zu stellen. Da die Stellen nur für die Dauer der Tätigkeit der Enquete-Kommission sowie für ihre Vor- und Nacharbeiten bis zur Entscheidung des Parlaments zur Verfügung zu stellen sind, sollten sie zunächst mit einem kw-Vermerk zum 31.12.2000 befristet werden.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja</p>